

**Entscheidung gegen die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben
„Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung der
wesentlichen Änderung der Anlage der Hans Müller jun. Schrott-
und Metallhandel KG am Standort Pforzheimer Straße 5 in 01159
Dresden, Flurstücke 230/19 und 230/89 der Gemarkung Coschütz,
durch Erweiterung der Lagerkapazität des Schrottplatzes sowie
Errichtung und Betrieb einer Rotorschere“**

Die Hans Müller jun. Schrott- und Metallhandel KG hat mit Datum vom 22. März 2022 die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit der Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV) und den Nummern 8.12.3.1 G sowie 8.11.2.4 V des Anhanges 1 zur 4. BImSchV zur Änderung der Anlagen zum zeitweiligen Lagern von Eisen- und Nichteisenschrotten, einschließlich Autowracks, mit einer Gesamtlagerkapazität von 1.500 Tonnen oder mehr sowie zur sonstigen Behandlung von nicht gefährlichen Abfällen von 10 Tonnen oder mehr je Tag am Standort Pforzheimer Str. 5 in 01159 Dresden, Flurstücke 230/19 und 230/89 der Gemarkung Coschütz, beantragt. Die Lagerung von Schrott bedarf entsprechend der gelagerten Menge von mehr als 1.500 Tonnen zusätzlich einer standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls nach Nr. 8.7.1.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann und infolgedessen eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben erforderlich ist. Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 UVPG wurde für die oben genannte Anlage nach Nr. 8.7.1.1 der Anlage 1 des UVPG durchgeführt.

Bezüglich der ökologischen Empfindlichkeit des Gebietes sowie der Betroffenheit von Schutzgütern ist einzuschätzen, dass durch das geplante Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter nach § 7 in Verbindung mit Anlage 3 des UVPG zu erwarten sind.

Die Einhaltung der zulässigen Lärm- und Staubimmissionswerte an der nächstgelegenen Wohnnutzung wird im Rahmen des weiteren Genehmigungsverfahrens geprüft. Soweit erforderlich werden entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung von Lärm- und Staubbelästigungen festgelegt, sodass nach derzeitigem Kenntnisstand keine

erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter nach § 7 UVPG zu erwarten sind.

Daraus ergibt sich, dass für das Vorhaben auf die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verzichtet werden kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

Dresden, 19. Januar 2023

Dirk Hilbert
Oberbürgermeister

Dresdner Amtsblatt
Elektronische Ausgabe

Herausgeber
Landeshauptstadt Dresden
Amt für Presse-, Öffentlichkeitsarbeit
und Protokoll

Dr.-Külz-Ring 19
Postfach 12 00 20, 01001 Dresden
Telefon (03 51) 4 88 23 90
Telefax (03 51) 4 88 22 38
E-Mail presse@dresden.de
www.dresden.de
facebook.com/stadt.dresden

Redaktion/Satz
Kai Schulz (verantwortlich),
Marion Mohaupt,
Sylvia Siebert,
Andreas Tampe
www.dresden.de/amtsblatt